

Statement

Seite 1/5

Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der
Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken
Raiffeisenbanken 2025**

15. Juli 2026

**Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR**

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
x.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin
linkedin.com/company/bvrberlin/

Statement

Seite 2/5

Liebe Medienvertreter, schön, dass Sie bei uns sind, willkommen zur konsolidierten Bilanzpressekonferenz des BVR! Tanja Müller-Ziegler, Daniel Quinten und ich wünschen Ihnen einen guten Morgen.

Wir stellen heute **gute Zahlen** vor: Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken hat 2025 ein **starkes Ergebnis von 11,6 Milliarden Euro** erzielt. Das war nicht einfach. Aber auch kein Zufall. Unsere Banken haben dafür solide gewirtschaftet und sind für ihre Kunden in diesen anspruchsvollen Zeiten da. Das zahlt sich aus – in langjährigen Beziehungen zu Millionen von Menschen und Unternehmen und in einem weiter gewachsenen Kundengeschäft. Lassen Sie mich dieses Ergebnis so bewerten: Es zeigt unsere Wettbewerbsfähigkeit. Aber Wettbewerbsfähigkeit ist nichts, was man einmal erreicht und dann besitzt. Sie muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Die Konjunktur bleibt anspruchsvoll. Gleichzeitig werden am deutschen Bankenmarkt spürbar die Ellenbogen ausgefahren.

Wir arbeiten daher mit voller Energie für unsere Zukunftsfähigkeit und stellen die Kunden dabei ins Zentrum. Ihr Vertrauen ist unser höchstes Gut. Das hat uns auch geleitet beim Reformprojekt **Geno Next Level**, das wir im Juni erfolgreich in die Mitgliederversammlung eingebracht haben. Die sehr große Mehrheit unserer Mitglieder hat den verschärften Eingriffsrechten der Sicherungseinrichtung zugestimmt. Das ist ein Meilenstein für die Zukunft unseres Sicherungssystems und ein Beleg für die Handlungsfähigkeit der Gruppe.

Wie Sie wissen, äußern wir uns grundsätzlich nicht zu einzelnen Instituten aufgrund der Verschwiegenheitspflicht. Ich möchte aber aus aktuellem Anlass noch einmal betonen: Wir haben Geno Next Level angestoßen und umgesetzt, weil wir bei Verantwortlichen in einzelnen Banken hochriskante Geschäfte, Missmanagement oder grob fahrlässiges Verhalten gesehen haben. Die Folgen werden meist Jahre später sichtbar – und kommen unsere Solidargemeinschaft teuer zu stehen. Unsere Maßnahmen verbessern unsere Frühwarnsysteme und verschärfen unseren Durchgriff deutlich. Als Verband einer dezentralen Organisation können wir damit Fehlverhalten Einzelner und übermäßige Risiken nicht abschließend verhindern. Diese Aufgabe haben die Vorstände und Aufsichtsräte vor Ort. Wir haben aber sichergestellt, dass wir als BVR im Interesse unserer Mitglieder bei einzelnen Banken **sehr konsequent durchgreifen** können.

Was wir außerdem proaktiv machen können, ist eine klare Erwartung zu formulieren. Das tun wir mit dem **Vorstands- und Aufsichtsratskodex**. Ja, er ist sogenanntes Soft Law – so wie auch

Statement

Seite 3/5

der bekannte Corporate Governance Kodex. Aber er ist kein „nice to have“, sondern eine wichtige Richtschnur für unser Handeln. Im Mittelpunkt stehen Integrität, wirksame Kontrolle durch den Aufsichtsrat und eine nachhaltige Unternehmensführung. In den kommenden Monaten werden sich die Gremien aller Genossenschaftsbanken mit dem Kodex auseinandersetzen und ihn formell verabschieden. Dieser Prozess der Beschäftigung mit dem Kodex durch alle Vorstände und Aufsichtsräte ist dem Verwaltungsrat und uns im BVR-Vorstand wichtig, bevor 2027 die Mitgliederversammlung darüber abstimmt. Wir sind sicher: So wie die Verschärfung der Eingriffsrechte der Sicherungseinrichtung bereits vor ihrer offiziellen Verabschiedung Wirkung entfaltet hat, wird dies auch beim Kodex der Fall sein.

Unsere Zukunftssicherung entscheidet sich aber nicht allein an unserer Entschlossenheit. Sondern auch an der wirtschaftlichen Gesundheit unseres Landes. Und das Land hängt leider weiter in den Seilen. Wirtschaftsklima, Investitionsbereitschaft und Verbrauchervertrauen bleiben gedämpft. Die tägliche Realität vieler Mittelständler ist geprägt von volatilen Energie- und Rohstoffpreisen, steigendem Fachkräftemangel sowie Risiken aus der internationalen Handelspolitik. Umso wichtiger ist eine Wirtschaftspolitik im Inland, die Orientierung, Tempo und Planungssicherheit bietet. Die Bundesregierung hat lange um ihre Ausrichtung gerungen. Mehr Mut gewünscht hätten wir uns bei den Vorschlägen der Koalition zur **Einkommensteuer**. Die vorgesehenen Entlastungen werden bei vielen nicht einmal die kalte Progression ausgleichen. Durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes werden leistungsstarke Mittelständler – also diejenigen, auf deren Investitionen es jetzt ankäme – auch noch zusätzlich belastet. Das letzte Wort sollte hier wirklich noch nicht gesprochen sein. Mit ihrem klaren Bekenntnis zur **Rentenreformkommission** und den **Beschlüssen zu Aufschwung und Beschäftigung** hat die Regierung hingegen ein überfälliges Ausrufezeichen gesetzt. Auch die heute im **zweiten Entlastungskabinett** vorgesehenen **Deregulierungsmaßnahmen** sind vielversprechende Signale, dass die Regierung Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum wieder stärker in den Fokus rückt. Wenn sich diese Konsequenz jetzt durchzieht, wäre viel gewonnen – etwa beim **Bürokratieabbau**. Gerade im Bankensektor kommen viele Vorgaben aus Brüssel. BaFin, Bundesbank und wir in der Kreditwirtschaft sollten deshalb gemeinsam den nationalen Spielraum ausloten.

Wie notwendig tiefgreifende Veränderung ist, zeigt auch unsere **Studie mit dem IW Consult zum Strukturwandel bis 2035**: Die Gewichte zwischen Branchen und Regionen verschieben sich und darauf stellen wir uns strategisch ein. Während industrielle Beschäftigung vielerorts zurückgeht, gewinnen Dienstleistungen, IT sowie die Arbeit in Forschung, Entwicklung und

Statement

Seite 4/5

Beratung an Bedeutung. Wir erleben diesen Wandel ganz konkret, denn Banken halten den Kreislauf der Realwirtschaft in Gang. Die rund 650 Volksbanken und Raiffeisenbanken überall im Land sind für den Mittelstand da, sie beraten, finanzieren Transformationsprojekte und leisten ihren Beitrag, um Wachstum und Wohlstand in der Fläche zu ermöglichen. Wer Deutschland modernisieren will, der braucht starke Finanzdienstleister an seiner Seite – und diese Rolle nehmen wir gern an. Strukturwandel gelingt, wo Politik und Banken langfristige Perspektiven schaffen. Um Beschäftigung zu sichern und Lebensqualität zu erhalten, braucht es qualifizierte Fachkräfte, schnellere Genehmigungen, bezahlbare Energie, eine moderne Infrastruktur und Rahmenbedingungen, die Unternehmen den Mut geben zu investieren.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist der angespannte **Wohnungsmarkt**. Wir erwarten, dass dieses Jahr nur 58 Prozent des Bedarfs an neuem Wohnraum gedeckt werden. Parallel dazu sind die Preise seit 2018 um 7 Prozent stärker gestiegen als die Einkommen. Gerade für junge Haushalte bleibt das Eigenheim oft ein unerfüllter Wunsch. Vielen fällt es schwer, das Startkapital aufzubauen. Eine Antwort wären **Entlastungen bei der Grunderwerbsteuer**, etwa durch Freibeträge oder reduzierte Sätze für Selbstnutzer. Die andere Antwort: bauen, bauen, bauen. Die angekündigte **Abschaffung zusätzlicher Kapitalpuffer für Immobilienkredite** kann da ein echter Hebel sein. Wenn es so kommt, haben die Banken bei hohen Kreditstandards mehr Spielraum, Wohnungsbau zu finanzieren. Gleichwohl dürfen dann nicht an anderer Stelle strengere Vorgaben wie beispielsweise beim Granularitätskriterium hinzukommen. Und dann braucht es nur noch Investoren – umso wichtiger, dass **Vergesellschaftungen** bald auf Bundesebene Tabu sein sollen. Solche Debatten schaffen keinen einzigen Quadratmeter Wohnraum, sie verschärfen das Problem. Erst ein Bundesgesetz wird die Verunsicherung auflösen können – je schneller, desto besser.

Ein Thema ist mir abschließend noch wichtig. Bei Zukunftsfähigkeit wurde lange kaum an **finanzielle Bildung** gedacht. Doch gerade im Zuge der **Spar- und Investitionsunion** setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass finanzielles Wissen eine Schlüsselkompetenz ist. Wer privat vorsorgen und am Wirtschaftsgeschehen teilhaben soll, muss kompetent finanzielle Entscheidungen treffen können. Auch in diesem Sinne sind die **Frühstart-Rente** und das neue **Altersvorsorgedepot** überfällige Schritte zur Stärkung der dritten Säule. Unsere Häuser stehen mit einfachen, transparenten und leistungsfähigen Produkten in den Startlöchern. Sie benötigen aber – ich sprach davon – rechtliche Verlässlichkeit: Noch fehlen sowohl die Rechtsverordnung aus dem Bundesfinanzministerium für das neue Depot als auch der

Statement

Seite 5/5

Gesetzentwurf für die Frühstart-Rente. Beides eilt, damit aus einer guten Idee zum 1. Januar ein Angebot wird, das Millionen Menschen nutzen können.

Für Genossenschaftsbanken ist das kein neues Terrain, sondern eine Bestätigung unserer Strategie und unserer Überzeugung. Wir arbeiten schon lange eng mit Schulen zusammen, unterstützen mit Lehrmaterial oder coachen. Unsere Beraterinnen und Berater gehen auch mal selbst in die Klassen und vermitteln den Umgang mit Geld. Die TikTok-Videos der Volksbanken Raiffeisenbanken zu Finanzthemen haben teilweise über zehn Millionen Views. Nicht zuletzt wird unsere Gruppe mit den NextGen-Consultants von **Neonblau** eine **Finanzbildungs-App** für diese Generation entwickeln – auf Augenhöhe und verständlich. Damit übergebe ich an meine Kollegin Tanja Müller-Ziegler.